

Freitag, 1. September 2023 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Franz Sepp Caluori
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 103 Mitglieder entschuldigt: Bergamin, Berweger, Brunold, Censi, Claus, Della Cà, Hefti, Kasper, Kocher, Kohler, Metzger, Rettich, Rodigari, von Tschärner, Weber, Wilhelm, Zanetti (Landquart)
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Caluori: Darf ich um etwas Ruhe bitten? Bitte setzen Sie sich. Bevor ich nun auf dem Arbeitsplan weiterfahre, möchte ich Sie noch über die Neukonstituierung der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates für das Amtsjahr 2023/2024 informieren: Neuer Kommissionspräsident wird Rico Kienz, neuer Kommissionsvizepräsident Benjamin Hefti. Ich gratuliere Ihnen zu dieser, ja, Wahl kann man nicht sagen, Neukonstituierung und wünsche Ihnen viel Erfolg. Ich denke, das ist ein Applaus wert. *Applaus.*

Wir behandeln nun die Anfrage Collenberg betreffend Mobilität von morgen. Regierungsrätin Carmelia Maissen vertritt bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Sie an, Grossrat Collenberg, ob Sie Diskussion wünschen oder ob Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind.

Anfrage Collenberg betreffend Mobilität von morgen (Wortlaut GRP 4/2022-2023, S. 595)

Antwort der Regierung

Die Regierung ist sich der Wichtigkeit der Mobilität für Graubünden bewusst. Sie ist ein bedeutender Standortfaktor. Die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklungsschwerpunkte des Regierungsprogramms 2021–2024 (vgl. Botschaft Heft Nr. 8/2019–2020, S. 460 ff.), des revidierten kantonalen Richtplans wie auch des kantonalen Projekts "Aktionsplan Green Deal" (AGD). Seit 2016 finanziert primär der Bund im Rahmen der "Strategischen Entwicklungsprogramme Bahninfrastrukturen" (STEP 2025 ff.) die Eisenbahninfrastrukturen über den sog. Bahninfrastrukturfonds (BIF). Die Rad-Schiene-Technologie der Eisenbahn ist zwar nicht neu, aber aufgrund diverser Systemvorteile, wie geringer Energieverbrauch, hohe Kapazitäten (bis 1200 Sitzplätze pro Zug) und hohe Geschwindigkeiten (bis 350 km/h im Regelbetrieb) und grosse Sicherheit, nach wie vor zeitgemäss.

Zu Frage 1: Die Mobilität nimmt in der heutigen Gesellschaft einen wichtigen Stellenwert in Bezug auf das Wohnen, den Tourismus, die Arbeit sowie besonders hinsichtlich der Freizeitaktivitäten ein und unterliegt einem stetigen Wandel. Viele Menschen sind nicht mehr mit einem einzigen Mobilitätsmittel unterwegs, sondern kombinieren die Vorzüge der verschiedenen Mobilitätsformen. Es besteht zudem ein Trend, Mobilitätsmittel zu teilen (sharing economy). Die Mobilitätsformen sind heute so heterogen wie die Bedürfnisse der Mobilitätsnutzenden selbst. Die Mobilität von morgen steht dabei für die individuelle Fortbewegungsfreiheit in verschiedenen Lebensbereichen und ist gekennzeichnet von einer stetigen Zunahme der Nachfrage. Aufgrund der zu erwartenden Entwicklung hat der Kanton Graubünden beim Amt für Energie und Verkehr (AEV) den Bereich "Kompetenzzentrum für koordinierte Mobilität" bereits geschaffen. Das Kompetenzzentrum bietet Beratungen für Unternehmen, Gemeinden und Projektanten an. Die Beratung beinhaltet unter anderem die Kombination von verschiedenen Mobilitätsformen sowie dessen planerische Berücksichtigung.

Zu Frage 2: Sowohl die Regierung als auch die kantonale Verwaltung begleiten die Trends und internationalen Entwicklungen in der Mobilität und richten das Regierungsprogramm bedarfsgerecht darauf aus. Zu berücksichtigen ist bei der Beobachtung dieser Entwicklungen allerdings, dass urbane Strukturen nicht direkt mit den Strukturen im Kanton Graubünden verglichen werden können und die oft auf städtische Verhältnisse ausgerichtete Entwicklungen nicht so einfach auf den Kanton Graubünden übertragen werden können. Mit dem Projekt Venda hat der Kanton jedoch ein vollständig digitales und bargeldloses Ticketsystem im öffentlichen Verkehr lanciert, welches von der erfolgreichen Oyster-Card in London inspiriert worden ist. Damit wird die Nutzung des öffentlichen Verkehrs für die Fahrgäste vereinfacht.

Zu Frage 3: Die Hyperloop-Magnetschwebbahn in Vakuumröhren befindet sich noch in einer frühen Entwicklungsphase. Aktuell besteht erst eine sehr kurze Teststrecke in der Wüste im Bundesstaat Nevada (USA). Die Investitionskosten sind noch nicht abschätzbar und die "Hyperloop Pods" fassen nur 28 Fahrgäste, wofür doppelspurige Röhren kapazitätsmässig nicht ausreichen würden.

Beim ähnlichen Projekt "Swissmetro 1999" (Kapseln mit 200 Plätzen) wurden bereits zahlreiche Abklärungen durchgeführt, die zeigen, dass ein System mit Vakuumröhren mit zahlreichen technischen Problemen und hohen Kosten behaftet ist. Eine Magnetschwebbahn wird auch deshalb nicht als Verkehrsmittel für die Anbindung Graubündens in Betracht gezogen, da ein Systembruch resultieren würde und auf umsteigefreie Verbindungen aus dem In- und Ausland verzichtet werden müsste. Insgesamt lassen sich Fahrtzeitgewinne gemäss der europäischen Marktstudie 2006 für das System Swissmetro der ETH Zürich erst ab einer Distanz von über 200 km realisieren. Aus den oben genannten Gründen erkennt die Regierung keinen Bedarf die Forschung zur Hyperlooptechnologie zu fördern. Falls aber andere Mobilitätstechnologien eine Chance für die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in Graubünden bieten, wird der Kanton die entsprechenden Chancen nutzen. Kurz- und mittelfristig sind primär die Umsetzung der nationalen Planungen STEP 2025 bzw. 2035 sowie Perspektive Bahn 2050/Verkehrskreuz Schweiz voranzutreiben.

Collenberg: Jeu sundel cuntents culla risposta. Engraziel per rispunder las damondas e jeu giavischel negina discussiun.

Standespräsident Caluori: In diesem Fall dürfen Sie die vier Minuten sprechen. Sie wollen gar nicht? Okay. *Heiterkeit.* Dann nehme ich das so entgegen. Dann fahren wir mit der Anfrage Lamprecht betreffend Biogas aus der Landwirtschaft fort. Regierungsrätin Carmelia Maissen vertritt auch bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Sie, Grossrat Lamprecht, an, ob Sie Diskussion wünschen, ob Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind. Ich gebe Ihnen das Wort.

Anfrage Lamprecht betreffend Biogas aus der Landwirtschaft (Wortlaut GRP 4/2022-2023, S. 597)

Antwort der Regierung

Der Bund fördert Biogasanlagen seit dem Oktober 2021 mit maximal 60 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten (Art. 27 des Energiegesetzes [EnG; SR 730.0]), wobei der Investitionsbeitrag vom Anlagentyp abhängig ist. Neben einem Investitionsbeitrag kann auch ein Betriebskostenbeitrag (Art. 33a EnG) beantragt werden. Das realistische Strompotenzial aus Grüngut, Abfällen aus Lebensmitteln und Hofdünger beträgt gemäss einer Potentialanalyse im Kanton Graubünden 12 Gigawattstunden (Botschaft zum Strombericht Heft Nr. 6/2012–2013, S. 350). Davon werden heute rund 4 GWh genutzt. Die in der Anfrage erwähnten Zahlen sind nur bereits mit Bezug auf Hofdünger um einen wesentlichen Faktor höher geschätzt (bis zu Faktor 12). Dabei handelt es sich um eine theoretische Betrachtung, welche die Verteilung des Hofdüngers auf den Kanton nicht berücksichtigt.

Zu Frage 1: Der Kanton Graubünden unterstützt im Rahmen des Projekts "Klimaneutrale Landwirtschaft Graubünden" bereits heute Projekte, welche praxistaugliche Lösungen und Antworten auf die drängenden Fragen des Klimaschutzes in der Bündner Landwirtschaft erarbeiten. Projekte im Bereich Biogasanlagen sind dabei auch vertreten.

Zu Fragen 2 und 3: Die Technologien sind bekannt. Wenn Biogas ins Gasnetz eingespeist wird, muss dieses vorher mittels einer technischen Anlage gereinigt werden, um den Qualitätsanforderungen zu genügen. Das Gasnetz ist liberalisiert, eine Abnehmerin oder ein Abnehmer für Biogas müsste zunächst gefunden werden. Wie sinnvoll eine dezentrale Sammlung und Reinigung sowie eine zentrale Einspeisung von Biogas ist, müsste vertieft werden. Sehr wahrscheinlich könnte eine dezentrale Sammlung/Reinigung mit einer zentralen Einspeisung nicht kostendeckend betrieben werden. Das gilt wohl selbst mit einer zentralen Reinigung. Das theoretisch vorhandene Potenzial des Biogases ist ein Zehntel des heute benötigten Erdgases im Kanton. Deshalb ist Biogas kein realer Ersatz zu Erdgas. Zu Frage 4: Im Kanton Graubünden können im Rahmen von Pilot- und Demonstrationsanlagen Biogasanlagen gefördert werden, wenn diese Anlagen der Erforschung und der Erprobung erneuerbarer Energien oder energiesparender Systeme dienen (Art. 23 des Energiegesetzes des Kantons Graubünden [BEG; BR 820.200]). Eine generelle Förderzusage für ein nicht konkretisiertes Projekt kann im Rahmen dieser Anfrage nicht erfolgen. Ein entsprechendes Fördergesuch kann beim Kanton und allenfalls beim Bund eingereicht werden. Dieses ist vor einer allfälligen Beitragsgewährung hinsichtlich der Förderkriterien zu überprüfen.

Lamprecht: Eu sun culla risposta dalla Regenza per part cuntaint e pretend perquai discussiun.

Antrag Lamprecht Diskussion

Standespräsident Caluori: Sie haben es gehört, Grossrat Lamprecht wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Somit ist Diskussion nicht bestritten und beschlossen. Grossrat Lamprecht, Sie haben das Wort.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Lamprecht: Eu less far ün pêr remarchas chi regardan la risposta da la Regenza e fetsch quai pero per lingua tudais-cha: 65 Grossrätinnen und Grossräte haben meine Anfrage unterschrieben und zeigen so ihr Interesse zu diesem Thema. Die Antwort der Regierung zum Potenzial basiert auf einer elfjährigen Botschaft und ist somit nicht aktuell. Ich möchte mit meinen Ausführungen darauf hinweisen, dass es heute Bestrebungen gibt, mit neuen Technologien das Potenzial von Biogasanlagen um ein Vielfaches zu erhöhen. Deswegen glaube ich, dass das in der Anfrage geschätzte Potenzial eher der Realität entspricht als das, was die Regierung in ihrer Antwort schreibt. Auch die Aussage von Andreas Mehli, der sich intensiv mit der

Thematik Biogasanlagen beschäftigt, in der Südostschweiz, unterstreicht meine These. Weder die Potenzialberechnung im Vorstoss noch jene in der Regierungsantwort sind laut Mehli falsch, doch es sind zwei unterschiedliche Rechnungen. So werde im Vorstoss die mögliche Gasmenge errechnet, in der Antwort der Regierung hingegen die verstromte Energie, also die Umwandlung von Biogas in Energie mittels Motoren, Generatoren oder Turbinen mit entsprechenden Wirkungsverlusten bis zu 75 Prozent.

Das Unternehmen GRegio Energie AG hat im BFE, Bundesamt für Energie, NETZ Nährstoff- /Energietechnik-Zentrum, Forschungsprojekt der ZHAW, teilgenommen, und letztes Jahr wurde das Vorprojekt abgeschlossen. Dabei geht es genau um die Potenzialerschliessung mit neuen Technologien. Das Vorprojekt NETZ erarbeitet Strategien und Konzepte zur Erschliessung des nachhaltigen energetischen Potenzials von Substraten landwirtschaftlicher Herkunft, insbesondere von Hofdünger in der Schweiz. Die Grundidee basiert auf einer separaten und effizienten Vergärung von festen und flüssigen Substraten und beinhaltet eine Separation von Vollgülle. Während die Dünngülle hofseitig in einer kleinen Low-Tech-Anlage nassvergärt wird, werden Feststoffe in einer regionalen, grösseren Vergärungsanlage verarbeitet. Dadurch verringern sich Energieverluste und Emissionen. Das lokal produzierte Biogas wird zur Deckung des Eigenbedarfs an Wärme, Elektrizität und/oder Kraftstoff verwendet, der regional produzierte Energieträger in Energienetze eingespeist. Hier ein Auszug: «Die Studie der WSL belegt ein hohes ungenutztes Potenzial in den Regionen. Als Forschungseinrichtung haben sie beispielsweise exklusiven Zugang auf Daten zur Verwaltung von Hof- und Recyclingsdüngerverschiebungen in der Landwirtschaft, HODUFLU, sowie die Geoinformationssysteme des GIS, welche der Allgemeinheit aus Datenschutzgründen zum Teil nicht zur Verfügung stehen. Somit kann dadurch nur ein Überblick über die Regionen gegeben werden. Die Daten werden auf einzelbetrieblicher Basis für die Dimensionierung benötigt und müssten gesondert erhoben werden. Die Forschungsarbeiten zeigen, dass es im Detail eine aufwendige Potenzialerschließung in den Regionen braucht, um das individuelle Potenzial auf den Betrieben zu erfassen. Die Ansprechpartner in den Projektregionen Waldkirch und Safiental konnten trotz intensivem Austausch in ihren Regionen nur zirka einen Drittel beziehungsweise ein Zehntel des Potenzials erfassen. In der Praxis bedeutet dies, dass die Bereitschaft zur Beteiligung an einem NETZ nur eingeschränkt vorhanden ist und damit nur ein kleiner Teil des theoretischen Potenzials energetisch genutzt werden kann, falls keine konkreten Anreize oder Vorgaben dafür geschaffen beziehungsweise eingeführt werden. Um das theoretisch ermittelte Potenzial zu einem hohen Anteil in der Praxis abzurufen, braucht es eine Fachperson, welche über die landwirtschaftliche Struktur und die Abläufe in der Region Bescheid weiss und einen Zugang zu den landwirtschaftlichen Betrieben und Grüngutverarbeitung hat. Dies könnten z. B. Personen aus der landwirtschaftlichen Beratung oder bäuerlichen Organisationen sein. Auf Basis dieser einzelbetrieblichen Informationen kann mit Hilfe des im

Rahmen dieses Vorprojektes erstellten Dimensionierungstools ein schneller Überblick über die Potenziale und möglichen Standorte der regionalen Anlagen in den Regionen gegeben werden.» Mir scheint es zentral zu sein, dass die Potenziale überarbeitet werden. Je grösser das Potenzial, umso mehr Interesse ist vorhanden. Je mehr wir von den diversen Potenzialen in den Kernwinter, plus/minus Dezember, Januar, Februar, bringen, um die Wärme- und Stromspitzen zu decken, umso mehr wertet das dieses Potenzial auf, um eben oben erwähnten Faktor. Biogas ist kein Ersatz für Erdgas. Aber es ist überall in den Kalkulationen der Energiewende drin. Also brauchen wir es, aber d. h. selber produzieren und lagern. Alles andere ist unrealistisch. Das Ausland wird es uns weder unbegrenzt zur Verfügung stellen, noch die Jahresproduktion für unsere Winterspitzen lagern. In jeder Ecke können wir im ganzen Land Gas produzieren, dies mit einfachen, dezentralen Anlagen. Wir brauchen neben der Potenzialermittlung auch dringend ein Pilotprojekt, das beweist, dass die dezentrale und einfache Aufbereitung von Gas mit LKW mit 50 bis 60 Bar komprimiert eingesammelt werden kann und einem hundertprozentigen Nutzer in der näheren Umgebung zugeführt werden kann. Es würde mich sehr freuen, wenn unsere Regierung auch der Meinung ist, dass Biogas in Graubünden mehr Potenzial hat als das, was sie in ihrer Antwort ausführt.

Kreiliger: Che jeu hai capientscha per la tenuta da deputau Lamprecht, ch'el ei mo parzialmein satisfatgs, less jeu declarar per romontsch. A mi para che la discussiun pertuccont il biogas vegn manada oz semeglient sco pli baul la discussiun pertuccont l'energia solara. Quei funcziunescha buc, quei ei memia cumpliau, buc economic, buc adattau per nossas vals. Igl ei propi aschia. Nus seregurdein forsa aunc, avon cuort vegnevan ideas per energias alternativas risas or e messas en damonda. Quei era tut ord la vesta dals concerns d'energia e quei era tut ord la vesta da l'energia fossila. E lezza va a fin e la part restonta duess ins duvrar per pli perdertas caussas che forza electrica, mobilitad ni scaldament. Sco pli baul tiel solar, datti oz tiel biogas numnadamein era en egl: produciun locala, igl ei ina part da l'agricultura indigena e vegn produciu igl unviern, l'energia ei regenerabla, ella reducescha gas nuscheivels ed ei neutrala pil clima. Quei ha deputau Lamprecht gia menziunau. Facturs ch'ei decisivs ozendi ella crisa d'energia. Ulteriuramein eisi da menziunar che l'energia da biogas ei independenta da concerns e da grondas interpretas. E plinavon eisi da resguardar che nossa agricultura muntagnarda ha cun il biogas la schanza unica da vegnir aunc pli economica. Ils puresers san d'aventar pigns centers da cumpetenza d'energia e contribuir in'impurtonta part alla energia durabla e schanegiar il clima. Perquei eisi in tec nuncapeivel ch'el Plan directiv d'energia, ch'ei ussa en consultaziun, vegn l'energia da biogas mo menziunada cun paucas construcziuns e gia definada cun ina impurtonza marginala. Era tier nus en Surselva datti puresers che han iniziav projects da biogas. Ils biars spetgan denton cul start. Igl ei aschia che la branscha d'energia ei en grond moviment. Ei dat sco igl ei normal – sch'il squetsch economic exista en ina branscha innovativa – novas experientschas, scuviertas e novs resultat scientific. Era quei ha deputau Lamprecht menziunau. La

Regenza rispunda, che projects da pilot vegnian sustegni generusamein. En vesta da l'impurtonza da l'energia da biogas eisi endretg da termetter in signal en direcziun innovaziun. Projects da pilot fussen in da quels signals. Quei vala per il cantun, quei vala denton era per ils puresers, per ils manaschis agricols e per la politica agricola. Spitgar aschi ditg, sco nus vein spitgau tier l'energia solara ei segir buc ina schligiaziun. Perquei vegn la finamira dalla damonda da deputau Lamprecht partida da nossa vart e duess vegnir sustegnida.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Regierungsrätin Maissen, Sie haben das Wort.

Regierungsrätin Maissen: Ich weiss nicht, vielleicht wurde die Aussage der Regierung ein bisschen falsch aufgenommen. Wir sind nicht gegen diese Energieform oder sehen nicht das Potenzial in ihr. Ich glaube, zu dieser Potenzialfrage sage ich danach noch etwas.

Die Regierung ist offen dafür, dass hier Pilotprojekte entstehen, dass hier Innovation entsteht und dass man das vorhandene Potenzial in Wert setzt. Die entsprechenden Förderinstrumente sind vorhanden, auf Bundesebene und auch auf Kantonsebene. Es gibt auf Kantonsebene auch bereits Pilotprojekte, die im Rahmen der klimaneutralen Landwirtschaft Graubünden geplant und umgesetzt werden. Aber Sie werden auch verstehen, dass im Rahmen einer Anfrage keine konkrete Projektzusage gemacht werden kann.

Vielleicht noch etwas zu dieser Frage des Potenzials. So, wie es in der Anfrage errechnet wurde, ist es ein theoretisches Potenzial aufgrund der vorhandenen Grossvieheinheiten. Das Potenzial, das im Strombericht des Kantons vor elf Jahren, glaube ich, aus dem Jahr 2012 errechnet worden ist, das ist sozusagen das wirtschaftlich realisierbare Potenzial. Und ich glaube, da muss man schon anerkennen, dass es wahrscheinlich einen Unterschied gibt zwischen dem theoretischen Potenzial und dem wirtschaftlich realisierbaren Potenzial. Es kann durchaus sein, dass aufgrund der technologischen Entwicklung und der Inwertsetzung auch von kleineren Einheiten das heute realistische Potenzial etwas höher liegt als im 2012 errechnet. Ich glaube aber, dass weitere Potenzialstudien uns nicht wirklich etwas bringen, sondern das Vorgehen, wie es Grossrat Lamprecht genau beschrieben hat, bringt etwas, nämlich, dass man anhand von Pilotprojekten in den Regionen konkret anschaut, wie die Situation ist. Es stellen sich nämlich bei solchen Anlagen sehr viele Fragen, die einigermaßen komplex sind. Wie viel Masse ist vorhanden? Wie ist die geografische Verteilung? Wie soll die Logistik funktionieren? Wie viel von diesem ganzen Prozess soll dezentral funktionieren? Ab wann soll es zentralisiert werden, damit es wirtschaftlich funktioniert? Braucht es noch irgendwelches Co-Substrat, das beige-mischt werden muss, damit es funktioniert? Was passiert mit der Abwärme? Auch das sind Themen, die in solchen Pilotstudien oder Pilotprojekten geklärt werden müssen. Deshalb glaube ich, ist es ein interessanter Ansatz.

Jeu crei buc che la Regenza ei encunter quella fuorma e vesa buc il potenzial, sco detg: ils mieds da promoziun ein dentuorn. Ei dat era interessants exempels el cantun

Grischun, era gronds menaschis che han schon da quels cundrezs e lavuran era aunc cun cosubstrat. Ei dat per exempel a Trimmis in bien exempel ed a Zernez datti in bien exempel. Da gliez enneu: nus essan aviarts dad ir vinavon quella via.

Standespräsident Caluori: Damit haben wir auch diese Anfrage behandelt. Wir kommen zur letzten Anfrage für heute, der Anfrage Luzio betreffend Vergabe von Arbeiten für Hochbauprojekte des Kantons. Regierungsrätin Carmelia Maissen vertritt auch bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Sie, Grossrat Luzio, an, ob Sie Diskussion wünschen und ob Sie von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind. Sie haben das Wort.

Anfrage Luzio betreffend Vergabe von Arbeiten für Hochbauprojekte des Kantons (Wortlaut GRP 4/2022-2023, S. 596)

Antwort der Regierung

Die Beschaffung von Planerleistungen stellt selbst für professionelle Bauherrschaften zunehmend eine Herausforderung dar. Zur Bewältigung der jeweiligen Bauaufgabe bieten sich die Durchführung von Planungswettbewerben, Studienaufträgen oder Leistungsausschreibungen an. Bei Vorliegen spezieller Anforderungen werden Planungswettbewerbe statt in Form des klassischen Architekturwettbewerbs als Generalplaner-Wettbewerb ausgestaltet, welcher die Gesamtvergabe aller Planungsleistungen an das siegreiche Projektteam vorsieht.

Zu Frage 1: Die Beschaffung der Planungsmandate wird vom kantonalen Hochbauamt (HBA) jeweils abhängig von der konkreten Bauaufgabe und in Beachtung der beschaffungsrechtlichen Vorschriften festgelegt. Damit der teilweise hohen Komplexität heutiger Bauprojekte Rechnung getragen werden kann, ist eine möglichst frühzeitige interdisziplinäre Zusammenarbeit der Planenden zentral. Ein Generalplaner-Wettbewerb bietet dabei Gewähr, dass bereits bei der Projekterarbeitung die Spezialistinnen und Spezialisten aus sämtlichen Fachplanungsbereichen beteiligt sind. Dank dieses frühen Zusammenwirkens kann ein integrales Projekt entwickelt werden, welches für die spätere Umsetzung eine optimale Grundlage bildet. Sowohl beim Fachhochschulzentrum Graubünden (FHZGR; Projektgrösse von 178 Mio. Franken), beim Verkehrsstützpunkt (VSP) Chur (Erstellung eines pionierhaften Netto-Null-Gebäudes) als auch beim aktuellen Wettbewerb für ein Zivilschutz-Ausbildungszentrum im Meiersboden (hohe Zielsetzungen im Bereich Nachhaltigkeit und Kreislauffähigkeit) ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Planer von allem Anfang an für die Zielerreichung entscheidend. Dafür am geeignetsten ist ein Generalplaner-Team.

Zu Frage 2: Bei jedem Bau- und Planungsvorhaben wird seitens HBA das bestmögliche Verfahren für die Vergabe der Planerleistungen evaluiert und definiert. Dabei spielen primär die Grösse, Komplexität und spezifische Zielsetzung der anstehenden Bauaufgabe eine entscheidende

Rolle. Auf Basis einer Kostenschätzung und von Kennwerten werden die Lose in Bezug zu den einzelnen Auftragsgrössen festgelegt. Zudem wird darauf geachtet, dass für die Aufgabenerfüllung die Kontinuität und Verantwortung mit wenig Schnittstellen erreicht wird. Bei den drei angeführten Generalplaner-Verfahren des HBA konnten bzw. können sich die einheimischen Fachplanerinnen und Fachplaner mit (lokalen) Architekturbüros zusammenschliessen und sich als Planungsteam bewerben resp. einen gemeinsamen Projektvorschlag einreichen. So geschehen beim FHZGR und beim VSP Chur, bei denen einzelne lokale Fachplaner in den beauftragten Generalplaner-Teams mitvertreten sind. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass bei Grossvorhaben auch bei einer spartenweisen Vergabe die Planungsleistungen in der Regel öffentlich auszuschreiben sind.

Zu Frage 3: Eine Auswertung der Planungsaufträge des HBA zeigt, dass in den Jahren 2018 bis 2021 82 Prozent aller Aufträge an bündnerische Planende vergeben wurden. Von einem gesamten Auftragsvolumen von rund 23 Mio. Franken gingen somit 17 Mio. Franken an einheimische Planungsbüros, was einer Quote von 74 Prozent entspricht. Die Vergabestatistik des Jahres 2022 liegt derzeit noch nicht vor.

Zu Frage 4: Die Beschaffungen des Kantons richten sich nach den Vorgaben des Beschaffungsrechts sowie den massgeblichen Schwellenwerten. Das HBA und die weiteren kantonalen Dienststellen sind sich der volkswirtschaftlichen Bedeutung öffentlicher Aufträge gewahr und nutzen den sich aus den jüngst revidierten Vergabevorschriften ergebenden Handlungsspielraum verantwortungsvoll aus. Im Sinne einer möglichst KMU-freundlichen Beschaffungspraxis werden die Losgrössen bemessen und Bietergemeinschaften im Normalfall zugelassen. Die verstärkte Anwendung von Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Beschaffungen trägt ebenfalls zur weiteren Stärkung der regionalen Wirtschaft bei.

Luzio: Ich bin von der Antwort der Regierung befriedigt, wünsche aber dennoch Diskussion.

Antrag Luzio
Diskussion

Standespräsident Caluori: Sie haben es gehört, Grossrat Luzio wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Somit ist Diskussion nicht bestritten und daher beschlossen. Grossrat Luzio, Sie haben das Wort.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Luzio: Chel votum nirossa a tigneir sen rumantsch, percheigl pudez gist tegneir aint igls Voss uregliers. Ossa egn ansasez gist stupent tgi nous pudagn baitar chegl cò sen rumantsch, percheigl tgi dei ossa vessigl forsa betg tot igls impressaris dalla bassa da santeir ed tgapeir! Angraztg fitg alla Regenza per la rasposta ed la lavour investada. Per cass tgi ensatgi vot anc s'exprimer tar chel affar vaia d'aver la discussiun, schi chegl vign duvro vasainsa. Tgi è tar grond ed cumplitgia projects pi simpel ed effiziant da

piglier en planisader general, chegl è cler er schi fò alloura chi e lo mal, schi vagn da dar incumbensas grondas an la Bassa u perfin an la Svizra Occidentala. Cun chegl tgi la persistenza vign da nov er valuto tar offertas a mang digl cantun, sunga optimistic tgi igls noss affars indigens pon far puncts cun esser segl manivel ed cun ideias inovativas grischunesas. I vess betg angal d'esser la fegnameira da surdar prozentual tantas lavours scu pussebel aint igl Grischun, mabagn er da dar la schanza ad affars ple pitschens grischunes da s'antizipar tar projects digl cantun, nous vagn betg da screiver or mintga schrubu u mintga fer singul, mabagn da pruar da surdar lo lavurs spezificas, noua tgi chegl fò senn ed è pussebel. Ed chegl ella la Regenza ed zont er l'administraziun fitg bagn abel da disfranztger. Ia angraztg fitg alla Regenza ed all'administraziun per lour lavour prestada aint igl passo ed er aint igl futur. Ia va fitto.

Tomaschett: Fabio Luzio, cusseglier grond, ha tematisau ina fetg impurtanta caussa. Sco commember dalla WAK sun jeu staus fetg interessaus da leger il quitaun, denton era da leger la risposta dalla Regenza. La risposta tucca atgnamein dètg bein la noda. E cusseglier Luzio ei s'exprimius en caussa e sco jeu hai capiu el, ei el atgnamein era dètg cuntents culla risposta dalla Regenza.

Und nun noch zwei Worte in Deutsch: Mit Freude habe ich die Aussagen in der Antwort der Regierung gelesen, im Speziellen, dass 82 Prozent der Planungsaufträge des Hochbauamts in den Jahren 2018 bis 2021, also die letzten drei Jahre, an Bündner Planende vergeben wurden. Wir können davon ausgehen, dass in den letzten zwei Jahren keine anderen Zahlen hier hervorgebracht werden.

Mit der Beantwortung der Frage vier, welche die Möglichkeit der Vergabe vermehrt an kleinere und mittlere Unternehmen thematisiert, bestätigt die Regierung, dass die Beschaffungen des Kantons sich nach den Vorgaben des Beschaffungsrechts richten und dass die kantonalen Dienststellen ihren Handlungsspielraum auch ausnutzen. Das ist gut so. Das soll auch so sein. Und eben dieser Spielraum soll unbedingt ausgenutzt werden. In diesem Sinne werden in der Beschaffungspraxis die Losgrössen bemessen und Bietergemeinschaften im Normalfall zugelassen. Und hier geht es um das Wort «Normalfall». Jetzt habe ich hier die Verständigungsfrage: Wenn es um das Wort «Normalfall» geht, wann werden dann Bietergemeinschaften nicht zugelassen? Wie muss ich das verstehen? Was ist ausserhalb des Wortes «Normalfall»? Hat die Aussage mit der Komplexität der Projekte zu tun oder wie darf ich das verstehen? Für die Klärung besten Dank. Und auch danke an Fabio Luzio für die Aufrollung dieses wirklich wichtigen Themas.

Standespräsident Caluori: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Dann gebe ich das Wort an Regierungsrätin Maissen.

Regierungsrätin Maissen: Jeu nezegel bugen la caschun da declarar forsa era in tec las midadas ella planisaziun dils davos onns e co che quei semuossa tier il metter ensemien ils teams da planisaders. Jeu pren cheu cunzun ils exempels dils objects pli gronds, nua ch'ei dat ina concur-

renza d'architectura. Pli baul eri usit: Ei dat ina concorrenza d'architectura. Quella ei aviarta e publica sin fundament era da la grondezia dil project. Architects creesch lur ideas, inoltreschan quellas ed ei dat forsa era ina concorrenza anonima, ina schuria che elegia alura il meglier project epi cuntinuescha la planisaziun ed ins trai lu vitier en in secund pass, cu ins ha elegiu il project che ha gudignau la concorrenza, ils ischigniers per il scaldament e per l'electricitad, e tgei era adina. Ozildi vein nus in tec in auter access a tals pensums, cunquei che nus pretendin tier las concorrenzas gia da bial'entschatta ina collavuraziun stretga denter las differentas disciplinas da planisaziun vi d'in object. Pia buc mo igl architect ei dumandaus naven dalla bial'entschatta, era inschigniers dallas differentas disciplinas ni era specialists per il tgamun dal plazzal. Tgei ei l'idea davostier? Ins metta peisa sin baghetgs che sminueschan las emissiuns da CO₂, che respecteschon l'idea da l'economia circulara. Ch'ins pretenda resp. ch'ins studegia atras gia dalla bial'entschatta: Co ei la fin dalla veta d'in baghetg? Ch'ei detti aschi pauc sco pusseivel rumien ni era elements nuscheivels. Jeu hai astgau accumpignar il matg ina concorrenza ch'ei vegnida manada tras. Quei ei stau il Center da formaziun per il schurmetg civil Meiersboden. Igl ein vegni inoltra sis projects ed ils projects eran tuts da pliras disciplinas. Quei ei stau ina concorrenza anonima. E nus vein giu grond plascher, cu nus vein viu, tgi che ha gudignau quella concorrenza. Quei eran treis giuvens biros d'architectura ch'ei semess ensemen, in biro d'architectura ei cheu da Cuera. Ed il secund biro vegn ussa cun sia sedia si Cuera. Era in biro da management da baghegiar da Cuera era dalla partida ed in biro d'inschignier da Panaduz. Pigns biros ein semess ensemen per far ina contribuziun tier quella concorrenza d'architectura ed han era gudignau quella. Quei ei forsa in appel a nos biros indigens ed a nos planisaders indigens da semetter ensemen per tals projects, perquei ch'il deputau Luzio ha detg ei: Nus vein fetg buns planisaders egl entir cantun, era sche quels han buc gronds biros da tschients e tons collavuratur, san els era prestar ideas innovativas. Quei forsa mo in appel da semetter sin quella

via e da semetter ensemen, per crear atgnas contribuziuns. La damonda da deputau Tomaschett: Tgei ei il cas normal? Quella sai jeu ussa buc gest risponder. Jeu vegnel a dumandar suenter, tgeinins ch'ei quasi ils cas excepziunals, tgei situaziuns che quei ein, nua ch'ins sto dir, ch'ins sa buc prender encunter cumionzas da planisaders. E jeu vegnel a furnir suenter quella risposta, sche quei ei endreg.

Standespräsident Caluori: Damit haben wir auch die Anfrage Luzio behandelt. Wir sind nun am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Ich möchte Ihnen nur noch für den morgigen Tag zwei, drei Informationen geben. Wir beginnen pünktlich um 8.15 Uhr, behandeln die Anfrage Perl, die Anfrage Roffler und die Interpellanza Spagnolatti. Danach finden dann die Feierlichkeiten zur Standespräsidentenwahl statt. Ich kann Ihnen versichern, die Stadt Chur hat sich ins Zeug gelegt. Lassen Sie sich überraschen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und Abend. Bis morgen früh.

Schluss der Sitzung: 14.35 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Franz Sepp Caluori

Der Protokollführer: Patrick Barandun